

SPD Sozialdemokratischer PRESSEDIENST

Verlag und Redaktion:
Hannover, Georgstr. 33

Nr. 42

Hannover, 3. Dezember 1946
Blatt 1

Deutsche Regierung

F.S. Es gibt noch keine Regierung Deutschlands, aber es wird einmal wieder eine solche Zentralinstanz geben und - so langsam die Entwicklung auch voranschreitet, so vielfältig die Hindernisse sind und so hoch sie sich türmen - wir sind auf dem Wege zu einer "Deutschen Regierung". Ohne sie wäre kein Friedensschluß mit Deutschland möglich, er wäre wenigstens sinnlos. Ohne sie gäbe es aber auch keine sachkundige, vernünftige und in der Einsicht und dem politischen Verständnis des Volkes fundierte Vorbereitung eines Vertragswerkes, das den Friedenszustand begründen und ihn nach Form und Inhalt ausfüllen soll. Der Friede ist nötig, für die Deutschen sowohl wie für alle Völker der Erde, und er sollte bald abgeschlossen werden, je eher, desto segensreicher für die Menschen und die Nationen.

Der nordamerikanische Außenminister Byrnes hat als erster Sprecher der Großmächte am 6. September 1946 in Stuttgart die Forderung erhoben, jetzt, sogleich mit den Vorbereitungen für die Bildung einer Zentralregierung zu beginnen, "die die Friedensbedingungen annehmen und befolgen kann". Wir möchten hinzufügen, daß diese Vorbereitungen nur von kurzer Frist sein sollten, daß das Faktum, eben die Errichtung einer "Deutschen Regierung", bald geschaffen werde. Denn wir sind sicher, daß auch diese Institution, ehe sie wirklich Anspruch auf die Bezeichnung Regierung erheben darf, Stadien der Entwicklung durchlaufen muß, die eine unabhängige deutsche Meinungsbildung kaum gestatten werden. Uns vilt es jedoch damit, die Wurzel der gegenwärtigen deutschen Not auszureißen, die Teilung des Landes, die Zerrissenheit seiner wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Kräfte. Diese Aufgabe kann nur eine Zentralregierung erfüllen.

Es ist nicht gleichgültig, wie die erste provisorische Instanz einer deutschen Zentrale zustandekommt und aussieht. Ein Vorschlag geht dahin, die Ministerpräsidenten der Länder zu einem Gremium zusammenzufassen und als Regierung des Ganzen zu konstituieren. Ein Gegenvorschlag, den auch der frühere Chefredakteur des "Vorwärts", Friedrich Stampfer, aufgegriffen hat, der in New York die "Neue Volkszeitung" herausgibt, möchte eine Arbeitsgemeinschaft der Parteiführer bilden, die - so meint Stampfer - "dem Gedanken eines deutschen Nationalrates immer noch näherkommt als ein Rat der Ministerpräsidenten". Dieser Vorschlag findet auch in Deutschland weitgehende Beachtung, zumal wenn in der Zusammensetzung der Arbeitsgemeinschaft die Stärke der politischen Parteien Ausdruck findet, wie sie sich in den Wahlen der letzten Zeit dargestellt hat. Der amerikanische General Clay hat die Bildung von zwei Kammern vorgeschlagen, deren eine aus allgemeinen Wahlen hervorgehen müsse (Unterhaus oder Volkstag) und deren andere aus den Vertretern der Länder errichtet werden sollte (Oberhaus, Länderrat). Clays Information befaßt sich schon mit der zweiten Phase der Entwicklung, bevor der erste Schritt getan ist.

Der erste Schritt sollte bald getan werden. Deutschland braucht die Zusammenfassung aller seiner Kräfte, die aus der totalen Ausschöpfung der Wirtschaft und aus dem Kriege noch verblieben sind, um das Leben der 70 Millionen Menschen zu erhalten, die nach soviel Blut nicht auch noch geopfert werden dürfen. Dies hat nichts mit Nationalismus oder Zentralismus zu tun. Es ist der Ruf nach der Vernunft, der nicht nur um der Deutschen willen nötig ist. Es kann dahingestellt bleiben, ob die These noch Gültigkeit hat, daß Deutschland im Herzen Europas von lebenswichtiger Bedeutung für diesen Kontinent ist. Auf keinen Fall wird irgendein europäisches Land darauf verzichten können, daß physische und wirtschaftliche Gesundheit in der Mitte Europas herrscht und nicht der Krankheitskeim weiter ausgebreitet wird, der unter den in Deutschland waltenden Zuständen immer neue Nahrung bekommt. Keine deutsche Zentralinstanz, welche Befugnisse sie auch immer bekäme, könnte das Elend, das in diesem Lande herrscht, sogleich mildern oder gar beseitigen, aber sie wäre der Ansatz für eine eigenverantwortliche Leistung, die von den Deutschen selbst vollbracht werden muß und die wir auch vollbringen wollen, um unseres Lebens willen.

Faires Spiel
Am Beispiel der Labour-"Revolte"

P.R. England hat der Welt ein neues Beispiel dessen geliefert, was parlamentaische Demokratie sein soll. Im Unterhaus hatte eine Gruppe der regierenden Labour-Party gegen die Aussenpolitik der Regierung Stellung genommen - die Stärke dieser Gruppe schätzt man auf etwa ein Viertel der Gesamtpartei. Ihre Führer sind aufstrebende Persönlichkeiten der jüngeren Generation, Intellektuelle zumeist. Gewissermaßen zur Ankündigung dieser "Revolte" schrieb genau vier Wochen vor ihrem Ausbruch die Zeitschrift "New Statesman and Nation", die diesem Kreise nahesteht:

"Es ist zu hoffen, daß sich Bevin nicht an die amerikanische Politik binden wird, die offensichtlich den Aufkauf der deutschen Konzerne durch amerikanische Truste vorsieht. Die einzige gesunde Basis für den Wiederaufbau in Deutschland ist eine möglichst zentralisierte sozialistische Planung. Ganz Europa, einschließlich Deutschlands steht politisch viel weiter links als Großbritannien und die britische Politik in Deutschland muß daher viel radikaler als die in Großbritannien selbst sein. Eine wirklich sozialistische englische Politik ist die einzige Alternative zur völligen Russifizierung des Kontinents".

Der Sinn der Aktion

Das war ungefähr der Kern dessen, was die Labour-Opposition zu sagen hatte. Keine Option also für Rußland, aber auch kein vorbehaltloses Eintreten für die USA, wobei der Wortführer Crossman selbst zugab, daß England und Amerika durch die russische Politik in ein Lager getrieben worden seien. Diese Kreise halten einen Mittelweg auch deshalb für gangbar und notwendig, weil sie überzeugt sind, daß auf Jahre hinaus die USA nicht den Willen und Rußland nicht die Macht habe, einen Krieg zu führen. Gerade deshalb müsse England mit allen Mitteln versuchen, einen dauernden Ausgleich zu schaffen, der aber durch eine einseitige Parteinahme für die USA nicht zu erreichen sei.

Nun gibt es auch in der Konservativen Partei gewiß einflußreiche Kreise (z.B. die Gruppe um Eden), die solchen außenpolitischen Auffassungen wahrscheinlich näher stehen als der Außenpolitik Bevins, die, zumindest in ihrer grundsätzlichen Einstellung, sich weitgehend den Gedankengängen Churchills nähert. Es lag also auch für diese Kreise die Versuchung nahe, bei der Abstimmung über die Außenpolitik der Regierung daraus Nutzen zu ziehen. Das geschah nicht, und auch die Labour-"Rebellen" beschränkten sich auf eine Demonstration, sie verzichteten auf ein ausdrückliches Votum gegen die Regierung, die so für sich ein Ergebnis von immerhin 353:0 buchen konnte.

Der Sinn war klar. Der Regierung sollte vor aller Welt und mit mehr Gewicht als es wahrscheinlich schon bis dahin in internen Parteibesprechungen geschehen war, ein nachdrückliches Halt zugerufen werden, aber sozusagen in aller Freundschaft. Bevin konnte in New York weiterarbeiten, sein politisches Ansehen war nicht geschädigt worden. Die Auffassungsunterschiede allerdings bleiben weiter bestehen, aber es ist nichts geschehen, was einer Wiederannäherung der Standpunkte als zusätzliches Hindernis im Wege steht, wenn die Zeit für eine solche Bemühung gekommen scheint. Eine sehr ernste außenpolitische Meinungsverschiedenheit innerhalb der britischen Regierungspartei - und zwar über eine Prinzipienfrage, nicht über eine Einzelheit - wurde vor aller Welt in einem besonders kritischen politischen Augenblick ausgetragen. Aber die faire Form, in der das gefährliche Spiel vor sich ging, war beispielhaft.

(m/1/312/1/hs)

Wendung zum Internationalismus
von Siegfried Aufhäuser, New York

Der 65. Kongreß der American Federation of Labor (Gewerkschaftsbund), der im Oktober mehr als 7 Millionen Mitglieder mustern konnte, war von besonderer Bedeutung, denn er brachte eine entschiedene Wendung der amerikanischen Arbeiterbewegung zum Internationalismus. In einer intensiven Beratung der Probleme der Übergangswirtschaft verlangten die 600 Delegierten, daß nach der Aushöhlung der Preiskontrolle auch die staatliche Lohnkontrolle ihr Ende finden müsse. Die Anpassung der Löhne an die verteuerte Lebenshaltung soll in den Tarifverträgen herbeigeführt werden. Gegenüber allen inflatorischen Tendenzen wird die Steigerung der Produktion als wirksamstes Mittel empfohlen. Die wirtschaftliche Selbstverwaltung auf paritätischer Grundlage wird von der AFL ebenso energisch verlangt, wie sie andererseits die politische Intervention monopolitischer Industriekreise verwirft. Die im Parlament mehrfach gemachten Versuche, die gewerkschaftliche Bewegungsfreiheit zu beschränken, fanden eine scharfe Kritik, und dem neu gewählten Kongreß wurde ein Aktionsprogramm zum Ausbau des gesetzlichen Arbeiterschutzes und der Sozialversicherung unterbreitet. Eine besondere Bewegung gilt dem Kampf um die 30-Stunden-Arbeitswoche. Der Kongreß betonte im Zusammenhang mit den politischen Wahlen die traditionelle parteipolitische Neutralität der AFL, eröffnete aber gleichzeitig eine äußerst kämpferische Offensive gegen die Kräfte, die sich von links und rechts als Feinde der ökonomischen und gewerkschaftlichen Entwicklung erwiesen haben.

Die AFL hatte seit zwei Jahren gegen die Liquidierung des früheren Internationalen Gewerkschaftsbundes und die Gründung des Weltgewerkschaftsbundes unter Einschluß der russischen Gewerkschaften opponiert und trat nunmehr aktiv in den Kampf gegen die World Federation of Trade Unions und gegen jede kommunistische Kontrolle der Gewerkschaften ein. In Washington soll eine Abteilung zur Pflege der internationalen Beziehungen mit allen demokratischen Gewerkschaften der Welt errichtet werden. Für Europa hat der Gewerkschaftskongreß zur Förderung der freien Gewerkschaften die Errichtung eines besonderen Büros in einer der westlichen Hauptstädte beschlossen, das von Irving Brown geleitet wird. Zur praktischen Unterstützung der Freien Deutschen Gewerkschaften wurde Henry Rutz als Repräsentant für die amerikanische Zone berufen. Es wurde ferner in Aussicht genommen, zur besseren Ernährung der deutschen Gewerkschaftsfunktionäre Lebensmittelsendungen herausgehen zu lassen. Es wurde kein Zweifel gelassen, daß mit den getroffenen Maßnahmen eine Neuregelung der weltweiten Verbindungen aller unabhängigen Gewerkschaften gefunden werden soll. Die Berichterstatter auf der Tagung, die mehrmonatliche Studien in Deutschland gemacht hatten, waren äußerst ermutigt zurückgekehrt und bekundeten ihr hohes Vertrauen in die streng demokratische Führung der neuen deutschen Gewerkschaftsbewegung.

Der seit 1936 vom alten Gewerkschaftsbund abgespaltene "Congress of Industrial Organizations" (Industrieverbände), der an die Weltgewerkschaftsorganisation angeschlossen ist und rund 6 Millionen Mitglieder zählt, wird sich auf seinem Kongreß Anfang November mit denselben Problemen befassen.

(b/A6/312/1/hs)

-.-.-
Schwankende Grundlagen
Krisenzeiten in der CDU

Über das Bestehen ernster Krisenerscheinungen innerhalb der CDU kann es heute keinen Zweifel mehr geben. Der Riss wird selbst dann bleiben, wenn er noch einige Zeit künstlich überdeckt werden sollte. Wie sehr man selbst innerhalb dieser Partei den Eindruck hat, daß nicht alles in Ordnung ist, bewies das Bedürfnis des zweiten Vorsitzenden Ernst Lemmer zu einem "ordnenden Wort" in der NEUEN ZEIT. Wenige Tage darauf folgte in der gleichen Zeitung ein Artikel "Geistige Zonengrenzen", der sich mit den

Gegensätzen in der wirtschaftspolitischen Zielsetzung der CDU in der russischen und in den Westzonen beschäftigte und schließlich hat sich Dr. Adenauer in der "Welt" selbst geäußert.

Für Außenstehende sind die Differenzen in der CDU seit langem kein Geheimnis. Wenn sie jetzt von den Beteiligten selbst nicht mehr geleugnet werden, zeigt das nur, wie stark sie inzwischen geworden sind. Lemmer brauchte in seinem Artikel fünf lange Absätze, ehe er zu "unserem Freund Adenauer" kam. Er blieb höflich, aber er wurde deutlich. Er verbat sich in dürren Worten die Polemik Adenauers gegen Berlin, die "nicht in parteifreundlichem Schweigen einfach hingenommen" werden könne. Er legte auch Verwahrung dagegen ein, daß Adenauer in öffentlicher Erklärung gegen die zustimmenden Feststellungen Jakob Kaisers zu den englischen Verstaatlichungsplänen der Ruhrindustrie Stellung genommen hatte. Er tat es mit den Worten: "Wir haben kein Verständnis für die Auffassung, daß dazu nur die Parteileitung der britischen Zone Stellung nehmen könne".

Wenn Lemmer der Ansicht ist, es spräche nur "für die Lebendigkeit einer Partei, wenn über ihre geistigen Grundlagen in der Öffentlichkeit gesprochen wird", so interessiert uns daran vor allem der Hinweis, daß es bei dieser Diskussion eben nicht um diese oder jene Einzelheit, um Meinungsverschiedenheiten belangloser Art, sondern eben um die geistigen Grundlagen der CDU geht. Daß sie denkbar uneinheitlich und auf die Dauer für die Existenz einer Partei unzureichend sind, ist freilich eine Erkenntnis, die in sozialdemokratischen Kreisen so alt ist wie die CDU selbst. Auch die pharisäerhafte Berufung auf die Gemeinsamkeit des christlichen Bekenntnisses genügt nicht, wie die Bildung und Entwicklung des neuen Zentrums zeigt, das sich immer weiter von der CDU entfernt. (m/1/312/1/hs)

Nebenbei bemerkt:

"Vom Irrtum im Kriege"

Unter dieser Überschrift schrieb Goebbels vor genau zwei Jahren (am 3.12.1944) im "Reich": "In der deutschen Nachrichtenpolitik ist der gelegentlich mit unterlaufende Irrtum eine Ausnahme. (Womit Goebbels aber offenbar nicht sagen wollte, daß der ständige Irrtum die Regel sei..... Anm. der Redaktion). Wie oft aber haben unsere Feinde sich in ihren Prognosen über den Krieg geirrt! Sie haben ihn weder in seinem Verlauf, noch in seiner Dauer auch nur annähernd richtig eingeschätzt."

Glück muß der Mensch haben. In der nächsten Nummer der gleichen Zeitschrift (7.12.1944) findet sich in der Nachrichtenrubrik "Brennspiegel der Ereignisse" eine kurze Notiz, in der mitgeteilt wird, daß Churchill vor dem Unterhaus als wahrscheinlichen Termin für den Endsieg der Alliierten den Sommer 1945 vorausgesagt habe. - Goebbels hatte recht: Wieder ein Irrtum Churchills. Der Krieg ging schon im Frühjahr zu Ende. (m/1/312/1/hs)

Einstellung der Nelson - Pension

Mitte November hat die sozialistische Regierung Englands dem Parlament ein Gesetz vorgelegt, durch das einer Zahlungsverpflichtung ein Ende gemacht wird, die 140 Jahre lang bestanden hat. Nach dem Tode Lord Nelsons in der Seeschlacht von Trafalgar im Jahre 1806 war, da er keine Kinder hinterließ, seinem Bruder der Titel eines Earl Nelson von Trafalgar verliehen und ein Erbgut in der Nähe von Salisbury übertragen worden. Außerdem aber wurde ihm und seinen Nachkommen eine Jahresrente von 5000 Pfund zuerkannt. Während der letzten 140 Jahre hat die Familie Nelson vom englischen Staate insgesamt 700.000 Pfund ausbezahlt erhalten. Mehrfach haben in den letzten Jahrzehnten die Regierungen versucht, durch gütliche Einigung mit dem Träger des Titels dieser finanziellen Verpflichtung ledig zu werden, doch waren diese Versuche bisher stets gescheitert. Jetzt endlich hat der fast neunzigjährige vierte Earl Nelson of Trafalgar seine Zustimmung gegeben, daß, wenn er und sein zwei Jahre jüngerer Bruder gestorben sein werden, die Zahlungen ein Ende finden sollen.

WST-London

(b/A7/312/1/hs)

Shawcross statt Hynd?

Die Londoner Abendzeitung, "Evening News" wußte zu melden, daß der jetzige Staatsminister für Deutschland und Österreich Hynd demnächst von seinem Posten zurücktreten werde und im Zusammenhang mit der Schaffung eines eigenen britischen Deutschlandministeriums auf deutschem Boden Shawcross, der britische Gerichtsvorsitzende von Nürnberg, mit leitenden Funktionen für die Verwaltung der britischen Zone betraut würde. Alle amtlichen britischen Bestätigungen blieben aus. Hynd hatte noch am 27. November im Unterhaus die Regierungspolitik gegenüber Deutschland verteidigt, so daß die Gerüchte über seinen Rücktritt vorläufig keinen Anhaltspunkt finden. Auch die Frage eines eigenen britischen Staatsministeriums mit dem Sitz in Deutschland ist noch keineswegs geklärt. Dagegen verlautet aus süddeutschen Kreisen, daß General Clay nicht mehr in seiner alten Funktion nach Deutschland zurückkehren, sondern im Anschluß an die Expertenbesprechungen in den Vereinigten Staaten bleiben wird. Auch hierüber liegen amtliche Informationen nicht vor.

rp - London

(b/B8/312/1/hs)

Das ging zu weit!

In Schleswig-Holstein hat sich etwas sehr Bezeichnendes zugetragen. Es genügt, den Vorgang zu registrieren, die politischen Schlußfolgerungen ergeben sich von selbst. Die Freie Demokratische Partei, nach Führung und Programm auch dort offen kapitalistisch, führte im Kreise Pinneberg mit der CDU Zusammenschluß-Verhandlungen, die besonders deutlich das Hinneigen des rechten CDU-Flügels zur Reaktion zeigten. Die Betreibungen bekamen der CDU jedoch schlecht: der rechte Flügel erkannte bei diesen Gesprächen in der FDP den klareren Vertreter seiner eigenen Interessen und lief ganz über. Das ging natürlich zu weit. Das Bemühen, sich zu einigen, versank in erbitterter Feindschaft und die FDP ging im Kreise Pinneberg aus den Wahlen doppelt so stark hervor wie die CDU.

(m/B1/312/1/hs)

 Verantwortlich: Fritz S ä n g e r , Hannover